

Berichtsvorlage

im: **Sozialausschuss**

Betreff: „Kinderbetreuung in Kooperation“ für Schülerhortplätze

Bezug: Vorlage 506/2009

Die Verwaltung teilt mit:

Mit Vorlage 506/2009 liegt der Antrag der Fraktion AL/Grünen vor, in Anlehnung an das Angebot „Kinderbetreuung in Kooperation“ (Kiko) auch in Schülerhorten Belegplätze für Firmen anzusiedeln.

Das Modell „Kiko“

Seit 2005 bietet die Universitätsstadt im Rahmen der „Kinderbetreuung in Kooperation (Kiko)“ Firmen Belegplätze für Kinder unter drei Jahren in einzelnen Kinderhäusern an.

Mit diesem Angebot hat die Verwaltung folgende Ziele verfolgt:

- Erhöhung des Angebots für Kinder unter drei Jahren, das zum damaligen Zeitpunkt nicht aus eigener Finanzkraft geschaffen werden konnte, durch die finanzielle Beteiligung von Betrieben an Belegplätzen.
- Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Tübingen durch ein Angebot an Firmen, das ihnen ermöglicht, qualifizierte Fachkräfte nach der Elternzeit früh zurück zu gewinnen und an den Betrieb zu binden.

Die sogenannten Kiko-Plätze werden außerhalb der Bedarfsplanung geführt, da die Belegrechte den Firmen obliegen. Die belegenden Betriebe können die Plätze auch auswärtigen Mitarbeiter/innen zur Verfügung stellen.

Die städtischen Gebühren für die Kindertageseinrichtungen werden nicht angewandt. Von den Betrieben wird ein Stundensatz von 4 € pro Betreuungsstunde erhoben. Wie diese Kosten zwischen Arbeitgeber/in und Eltern aufgeteilt werden, entscheidet der Betrieb. Es wird eine Mindestbuchungszeit von 30 Stunden (Kosten 480 € pro Monat) und eine maximale Zeit von 50 Stunden (Kosten 800 € pro Monat) angeboten.

Die Kiko-Plätze sind sehr gut nachgefragt. Inzwischen werden in vier städtischen Kinderhäusern insgesamt 28 Plätze nach diesem Modell angeboten.

Ausweitung des Modells auf Schulkinder

Von den belegenden Firmen werden bisher fast ausschließlich Plätze für Kinder unter drei Jahren nachgefragt. Keine dieser Firmen hat bisher den Wunsch an die Verwaltung herangetragen, Hortplätze zu schaffen. Die Verwaltung wird bei den bisherigen Kooperationspartnern und den Kammern nachfragen, ob ein Bedarf für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Schulkinder besteht.

Der Verwaltung liegt bisher lediglich die Anfrage einer Familie vor, ob auch Hortplätze nach dem Kiko-Modell angeboten werden könnten. Nach Kenntnis der Verwaltung beruht die Anfrage der Familie auf der Sorge, ab September 2009 keinen Hortplatz für ihr Kind in der Nordstadt zu bekommen. In der Tat ergibt sich im Gebiet Waldhäuser-Ost ein zusätzlicher Bedarf an Betreuungsplätzen für Schulkinder ab September 2009. Es werden voraussichtlich ca. 25 Familien keinen Hortplatz erhalten können. Die Verwaltung hat kurzfristig Möglichkeiten geprüft, zusätzliche Plätze in den beiden Schülerhorten Ahornweg und Waldhäuser-Ost anzubieten. Dies ist möglich, aber bisher nicht finanziert. Darüber hinaus liegt ein Antrag der Freien Waldorfschule Rotdornweg vor, die Hortplätze zu erweitern. Diese Varianten zur kurzfristigen Ausweitung des Schulkindangebotes in der Nordstadt werden dem Gemeinderat in Vorlage 1a/2009 zur Entscheidung vorgelegt.